

**Text zum Vortrag „Interkulturelle Kommunikation“ von Hendrik Otten  
anlässlich des Frühjahrsempfangs der Gesellschaft für internationalen  
Kulturaustausch und politische Bildung am 26.4.2015 in Bad Godesberg**

**Einstieg:** Gedanken über zeitgemäße interkulturelle Kommunikation machen: was bedeutet das? Ein breites Feld, in dem vielfältige Aspekte zu beachten sind – von pädagogischen, über politikwissenschaftliche, soziologische bis hin zu sozialpsychologischen. Angesichts der begrenzten Zeit deshalb Eingrenzung des Themas auf die Frage: Gibt es überhaupt Chancen für interkulturelle Kommunikation, die zu mehr an Frieden orientierten Einsichten und Handlungsweisen führt?

Aktuelle Ausgangslage (nicht nur) in Europa ist deprimierend und alarmierend: Mehr und neue kriegerische Auseinandersetzungen, Terror und Morde, große Flüchtlingsbewegungen, mehr Hunger und menschliches Elend, mehr Menschenrechtsverletzungen überall – dies alles wesentlich verursacht durch machtpolitische Besessenheit, Fanatismus, irrationalen Egoismus und nationale Nabelschau statt europäischer solidarischer Integrationspolitik.

Deutschland ist von diesem Szenario ebenfalls im Kern betroffen: Brandanschläge auf Asylbewerberheime, Kampagnen gegen die Aufnahme von Flüchtlingen, Morddrohungen an Politiker, die sich für Flüchtlinge engagieren, Aktionen, die dazu führen, dass sich jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger zunehmend verunsichert oder teilweise auch bedroht fühlen – die Liste ließe sich um einiges fortsetzen.

Dies alles sind Gründe, sich ernsthaft zu fragen, was Bildung und Erziehung bisher in den Köpfen - und damit auch in Befindlichkeiten - bewirkt haben, damit Menschen die Tatsache, dass Einwanderung und Multikulturalität in unseren europäischen Gesellschaften einfach vorhanden sind, nicht in Abrede stellen oder sie gar beseitigen wollen.

Offensichtlich noch nicht genug angesichts der Zahl jener, die sich den Bildungsversuchen, die Welt nicht nur mittels stereotyper Bilder, sondern auch rational zu erschließen, beharrlich verweigern oder entziehen.

Die Konsequenz dieser Verweigerung: Wenn ich Einwanderung und Multikulturalität ignoriere oder bekämpfe, muss ich mir auch keine Gedanken über die Notwendigkeit interkultureller Verständigungsmöglichkeiten machen; auch nicht darüber, wie menschliche Koexistenz alltagstauglich friedfertig gestaltet werden kann und wie allen Bürgerinnen und Bürgern (citizenship) als strukturelles Prinzip gleiche gesellschaftliche Zugangs- und Teilhabechancen offen stehen können.

Es ist nicht die Mehrheit, die sich verweigert, aber es ist eine lautstarke, zunehmend etablierte Minderheit, die sich in immer mehr europäischen Mitgliedstaaten aktuell mit zunehmendem Erfolg auch der politischen Mitte zu bedienen versucht und sich grenzüberschreitend auf europäischer Ebene organisiert, ohne dass die öffentlich wahrgenommen wird oder zu europäischen Gegenaktionen führen würde.

Das ist die eine Seite der Medaille, die andere ist:

Ich möchte lieber nicht wissen, wie es heute in unserer deutschen Gesellschaft aussehen würde, hätte es über die Jahrzehnte keine politische Bildung im Selbstverständnis von „Demokratie leben muss gelernt werden“ gegeben.

Und die Selbstverständlichkeit, mit der heute auch Arbeitsmarktakteure, in der Schule Lehrende oder in der Jugendarbeit Tätige von der Notwendigkeit sprechen, interkulturelle Kompetenz zu erwerben, lässt sich zum Teil zumindest auf frühe Initiativen außerschulischer politischer Bildung und Modelle in der Grundschulerziehung zurückführen.

Was in der Rückschau allerdings im Hinblick auf eine interkulturelle Öffnung im Denken und Handeln – obwohl gut gemeint - nicht funktioniert hat und heute aus der politischen Bildung deshalb auch praktisch verschwunden ist: Die Verbreitung von Kommunikationsmodellen, die vor allem auf die Herstellung von Harmonie abzielten und ausschließlich auf Werten beruhten. Sie waren in pädagogische Konzepte eingebettet, die systematisch jegliche politische Dimension vermieden und ausgeblendet haben und damit letztlich keine nachhaltigen Lernanreize geboten haben.

Wenn heute über die politische Dimension in der Bildung diskutiert wird, ist damit bei einigen, zu denen ich auch zähle, mehr gemeint als die Berücksichtigung praktischer Politik im Bildungszusammenhang. Gemeint ist, was Oliver Marchart „den Primat des Politischen“ nennt, der es erlaubt, Fragen der Ethik – die in Bildung und Erziehung immer eine wesentliche Rolle spielen - in Fragen der symbolischen Institution des Sozialen zu verwandeln.

Klingt kompliziert, ist aber einfach, denn damit ist letztlich nichts anderes ausgedrückt als die Anerkennung der politischen Natur der sozialen Existenz, mit der sich dann natürlich auch Bildung und Erziehung befassen müssen.

In kulturell pluralen Gesellschaften ist dies eine besondere Herausforderung, aber wir haben in Europa nun mal seit langem keine mono-kulturellen Gesellschaftsformen mehr, also müssen wir die Herausforderung systematisch annehmen und in einem notwendigerweise öffentlich zu führenden interkulturellen Diskurs nach Lösungen suchen. Öffentlich muss der Diskurs sein, um möglichst viele Menschen mitnehmen und aktivieren zu können.

Deshalb mein Ausgangspunkt für die nachfolgenden kurzen Anmerkungen:  
Ich sehe keine aussichtsreiche Alternative zu einer generellen interkulturellen politischen Bildung und Erziehung zur Bewältigung der Herausforderungen, die sich durch das prinzipielle Vorhandensein eines kulturellen Pluralismus` ergeben.

Ich bevorzuge den Begriff „kultureller Pluralismus“ statt des Begriffs „kulturelle Vielfalt“ – Pluralismus beschreibt zunächst nur ein Merkmal (mehr als eins), Vielfalt wird eher subjektiv-emotional wahrgenommen und geht meist einher mit einer unmittelbaren positiven oder negativen Wertzuschreibung – gute und schlechte Vielfalt.

PEGIDA, LEGIDA und Varianten, der Front National in F wie die NPD bei uns oder die Rechten in ES oder I: Unter dem Deckmantel der Inanspruchnahme eines demokratischen Rechtes – freie Meinungsäußerung – ziehen sie gegen die sogenannte schlechte Vielfalt zu Kriege – „zu viele Kulturen gefährden das soziale Gefüge des Nationalstaates“ ist eine vereinende Parole.

Diese Kulturalisierung konkreter sozialer Probleme, die zweifelsfrei da sind und damit die politische Natur der sozialen Existenz manifestieren, diese Kulturalisierung ist der Vorwand für eine neue Form von Rassismus, der allerdings nicht mehr wie bei den Nazis die Unterlegenheit bestimmter Rassen in den Vordergrund stellt, sondern die Unvereinbarkeit des Vorhandenseins verschiedener kultureller Gruppen innerhalb einer Gesellschaft propagiert.

Der gerade von Gruppierungen wie PEGIDA und Co sehr gerne herausgestellte Bezug zur Kultur als dem wesentlichen Merkmal der Identitätsprägung ist zwar populär, er ist bei aber bei den Anhängern dieser Gruppierungen, wenn überhaupt, eher in einer Art „erkenntnistheoretischem Fundamentalismus“ begründet, der Basisüberzeugungen mit Wissen verwechselt. Dabei bleibt in der Regel unberücksichtigt, dass es auch noch andere wichtige Faktoren wie konkrete emotional-psychologische Haltungen und kognitive Dispositionen gibt, die für die Identitätsstiftung mindestens so zentral sind.

Ich-Stabilität zum Beispiel, verstanden als die Fähigkeit zum konstruktiven Umgang mit den Herausforderungen des täglichen Lebens - trotz wiederkehrendem möglichen inneren Widerstandes - ist sicher solch ein Identität prägendes Merkmal, wenn es um die Notwendigkeit geht, Unterschiede zu integrieren und gleichzeitig Andere in ihrem Anderssein grundsätzlich anzuerkennen.

Letztlich sind wir damit nahe bei dem, was Habermas als Fähigkeit zu „kommunikativer Vernunft“ formuliert hat - ein weiteres Ich-Stabilität und Identität kennzeichnendes Merkmal.

Der in Algerien geborene und 2004 verstorbene französische Philosoph Jacques Derrida verweist im Zusammenhang der Forderung nach prinzipieller Offenheit für die Anderen in ihrem Anderssein auf eine wesentliche Voraussetzung hin, nämlich die Differenz innerhalb der eigenen Identität anzuerkennen, also auch das Anderssein in einem Selbst anerkennen zu können.

Das macht das Nachdenken über eine adäquate interkulturelle Kommunikation nicht gerade leichter: Eine Anerkennung des Andersseins von Anderen als politisch-moralische Grundhaltung zu entwickeln und auch in kontroversen Situationen beizubehalten, ist wahrscheinlich ein lebenslanger Lernprozess, der auch an Grenzen stoßen kann, je nachdem, aus welchem sozio-politischen und kulturellen Kontext der oder die Andere kommt. Sind diese Anderen Muslime, so lässt die damit verbundene öffentliche Migrations- und Integrationsdiskussion bis heute häufig jeden Versuch einer durch kommunikative Vernunft strukturierten Betrachtung vermissen.

Wenn PEGIDA und Co dann darauf verweisen, man dürfe ja schließlich noch sagen, was man denke: Natürlich darf man das, wenn denn gedacht wird, was aber in der Regel kaum der Fall ist. Statt zum Denken und Nachdenken aufzufordern, werden erfolgreich teils konkrete, teils diffuse emotionale Befindlichkeiten mobilisiert, indem nicht nur die individuellen, sondern vor allem die kollektiven Grundlagen sozialer Existenz durch die Anwesenheit dieser Menschen als gefährdet deklariert werden. Dafür stehen dann Sätze wie: „nationale Kultur gemeinsamer Werte ist bedroht“ oder „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen“).

Als Erklärung und Rechtfertigung reicht meist der Hinweis auf den kulturell-religiösen Kontext dieser Gruppe, den Islam. Damit sind Muslime nicht eine, wenn auch große Gruppe unter vielen Migranten- / Migrantinnengruppen, sondern Muslime sind diejenige Gruppe, deren Hiersein und weitere Zuwanderung im Unterschied zu den anderen Migrationsgruppen vor allem, und häufig auch ausschließlich, vor dem Hintergrund ihrer Religion - bzw. präziser gesagt – vor dem Hintergrund bestimmter religiöser Merkmale wahrgenommen wird.

Die Bertelsmann Stiftung hat vor wenigen Wochen den jüngsten Religionsmonitor veröffentlicht. Er trägt den Titel: „Die Wahrnehmung des Islams in Deutschland“, berücksichtigt aber auch die Untersuchungsergebnisse aus 13 weiteren Ländern, darunter die Schweiz, Spanien, Frankreich, Schweden, Großbritannien, die Türkei Kanada und die USA.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass „die Islamwahrnehmung der Bevölkerung als islamfeindlich bezeichnet werden kann und es sich hierbei um kein gesellschaftliches Randphänomen handelt. Auch wenn damit noch keine konkrete Agenda gegen Muslime einhergeht, schafft Islamfeindlichkeit als salonfähiger Trend ein gesellschaftliches Grundklima, in dem rechtspopulistische Parteien einen

Nährboden finden und die Diskriminierung von Minderheiten wie Muslimen geduldet wird“.

Die Studie spricht dann von Islamfeindlichkeit, wenn der Islam oder die Muslime grundsätzlich abgelehnt oder negativ beschrieben werden – wenn also Zustimmung zu negativen Pauschalurteilen vorliegen. Deutschland, Schweiz und Spanien treten durch besonders negativ geprägte Islambilder hervor. 53% der deutschen Befragten (ohne befragte deutsche Muslime) nehmen den Islam als bedrohlich wahr, 24% als eher bereichernd und nur 2% als sehr bereichernd.

Ein zweiter großer Komplex zum Islambild behandelt die Frage: Passt der Islam in die westliche Welt? In D wird dies von 52% verneint, in ES von 65%, in der Schweiz von 60%, in F von 57%, in Schweden von 48% und in Großbritannien von 46%. Ich kann hier nicht auf alle Ergebnisse eingehen, dazu fehlt die Zeit.

Aber vor allem im Hinblick auf Ursachen und Kontexte der Islamfeindlichkeit gibt es viel Interessantes, Nachdenkenswertes und Anregendes in dieser Studie, auch im Hinblick auf generelle Herausforderungen für eine Ordnung des Zusammenlebens in kulturell pluralen Gesellschaften.

Auch vermeintliche Widersprüche werden in der Studie aufgearbeitet, zum Beispiel der Umstand, dass zwar rund die Hälfte der deutschen Bevölkerung den Islam als bedrohlich wahrnimmt, gleichzeitig aber 85% der Deutschen Offenheit gegenüber allen Religionen als wichtiges Gut unserer Demokratie ansehen.

Erklärungsansätze ergeben sich u.a. daraus, dass eine Mehrheit quer durch alle gesellschaftlichen Schichten dem Islam entweder den Charakter einer Religion abspricht oder für eine Religion der Intoleranz hält, was mit westlichen Demokratievorstellungen schlecht vereinbar ist. Dass auch spezifische Sozialisationsverläufe diese negative Wahrnehmung ebenso beeinflussen können wie individuelle sozio-ökonomische Situationen, wird ebenfalls deutlich.

Und es wird auch daran erinnert, dass Thesen und Polemiken von Menschen wie Huntington (Kampf der Kulturen) und Sarrazin eine breite Bevölkerung erreicht und ihre Spuren hinterlassen haben. Aber nicht etwa, weil Viele alles gelesen hätten, sondern weil die häufige Fokussierung der öffentlichen Berichterstattung auf Negatives, das im Widerspruch zu unseren vorherrschenden Werten stehen könnte, versteckte Stereotype aktiviert hat oder latent vorhandene hat evident werden lassen.

Insgesamt also eine sehr komplexe Gemengelage, in der zwar durch punktuelle Aktionen wie in Paris nach dem Massaker mit „Je suis Charlie“ oder Gegendemonstrationen wie in Dresden, Köln oder auch hier in Bonn positive Signale gesetzt werden können.

Aber dies alles bringt noch keine strukturelle Veränderung im Hinblick auf mehr Akzeptanz für einen alltagsrelevanten interkulturellen Diskurs, den ich als einziges erfolgversprechendes Kommunikationsmodell in kulturell-pluralen Gesellschaften ansehe.

### **Wie kann man also diese Situation verbessern?**

Ein zurzeit Landauf und Landab diskutierter Ansatz ist der der Entwicklung einer Willkommenskultur. Gelungene Willkommenskultur als Ausdruck einer gelungenen angewandten interkulturellen Kommunikation – davon sind wir noch weit entfernt.

Eingeübte freundlichere Umgangsformen führen noch nicht zu nachhaltigen Einstellungsänderungen als Voraussetzung für mehr inklusives und weniger ausgrenzendes oder rassistisches Denken und Handeln.

Was wir haben, sind verschiedene Willkommenstechniken wie Diversity Konzepte in Unternehmen (Ford in Köln war eines der ersten mit Diversity-Management) und jetzt wird auch vermehrt den Behörden die Einführung einer Willkommenskultur verordnet – nicht immer zur Freude der Mitarbeitenden, wie ich aus Fortbildungen höre).

Prof. Klaus Bade (renommierter Migrationsforscher seit Jahrzehnten) spricht anlässlich seines Festvortrages bei der 50-Jahre Feier der Otto-Benecke-Stiftung am 12. März d.J. vom „Großen Palaver“ über Willkommenskultur. Sie könne als top down verordnetes Konzept die bottom up real wachsende Kultur- und Fremdenangst nicht auffangen, solange eine Willkommenskultur politisch inszeniert sei und de facto eine „gruppenbezogene Selektionsfunktion“ habe: Nämlich eine klare Unterscheidung zwischen erwünschten und weniger oder nicht erwünschten Gruppen herbei zu führen. Zu letzteren zählt Bade „Armutswanderer“ aus Südosteuropa.

Erwünschte Gruppen, die direkt durch diese selektive Willkommenskultur angesprochen werden und für die sie nach Bade auch gedacht sei, sind jene, für die wir einen klaren arbeitsmarktorientierten Bedarf haben – vor allem Fachkräfteeinwanderung soll gefördert werden.

Ich bin überzeugt: Solange darüber gestritten wird, ob die Bundesrepublik ein Einwanderungsland ist oder nicht und ob wir ein besonderes Einwanderungsgesetz brauchen oder nicht, und solange diese Auseinandersetzung weniger rational-argumentativ als eher emotional, ja manchmal fast ontologisch geführt wird, wird keine Willkommenskultur entstehen, die ihrem Namen gerecht wird. Und zwar weder in Bezug auf Neuankömmlinge, noch - und das ist mir mindestens so wichtig - in Bezug auf diejenigen, die schon lange hier sind und bis heute keineswegs alle willkommen sind, wie wir wissen.

## **Was könnte also helfen, der Idee eines vernunftgeprägten interkulturellen Diskurses zu mehr Verbreitung und Anwendung zu verhelfen?**

Aus meiner heutigen Sicht nach gut 40 Jahren Beschäftigung in Theorie und Praxis mit Fragen multikultureller Gesellschaften, adäquater interkultureller Kommunikation und Interaktion sowie interkultureller politischer Didaktik sehe ich drei vorrangige Schritte, die möglichst gleichzeitig gegangen werden müssten.

### **Erstens**

Immer mehr Studien aus jüngerer Zeit belegen, dass eine (staats)politische Bevorzugung einzelner Religionen dazu führt, dass viele Menschen religiöse Neuankömmlinge dann eher als Bedrohung für eigene Traditionen und Lebensweise empfinden.

(so auch 2015 Studie über die Unterschiede in den 26 Kantonen in der Schweiz hinsichtlich der Rolle der Staat-Kirche-Beziehung, die quasi die Unterschiede in Europa widerspiegeln -Helbling und Traunmüller / Uni Frankfurt und WZB)

Ich sehe seit langem keinen anderen Lösungsansatz als den einer absoluten und eindeutigen Trennung von Staat und Religion.

Wir brauchen säkulare Demokratien, um mit der kulturellen und religiösen Pluralität umgehen zu können und zu verhindern, dass bestimmte Religionen durch praktische Politik (z.B. Schul- Bildungs- Medienpolitik) bevorzugt werden. Das bedeutet, alles Politische muss gänzlich von allem Theologischen befreit werden – und umgekehrt alles Theologische von allem Politischen!

Wir brauchen säkulare Demokratien, damit der Missbrauch einer Religion zur Durchsetzung partieller, meist machtpolitischer Interessen als Unrecht im demokratischen System verfolgt werden kann. Auch wenn heute niemand mehr glaubt, dass eine Religion zu Kreuzzügen aufrufen würde: Ich sehe bei Christentum, Judentum und Islam noch nicht, dass sie alle Demokratiedefizite überwunden hätten.

In säkularen Demokratien bliebe es den jeweiligen Glaubensgemeinschaften überlassen, ob sie dies ebenso sehen oder nicht und ob sie damit leben können oder nicht - es wäre eine innerreligiöse Angelegenheit und eine der persönlichen Entscheidung.

Erst wenn eine Religion sich in ihrem Selbstverständnis oder in zugeschriebener Interpretation als unantastbar bezeichnen würde und aus dieser erklärten Unantastbarkeit heraus Aktionen gerechtfertigt würden, die Ungleichheit anstreben und Terror, Unterdrückung und Mord beinhalten, wären staatliche Interventionen zur Durchsetzung der demokratischen Prinzipien erforderlich.

## **Zweitens**

Auch säkulare Demokratien kommen nicht ohne normative Orientierung aus. Allerdings muss in meiner Überzeugung angesichts der kulturellen und religiösen Pluralität in unseren Gesellschaften darauf verzichtet werden, solche Orientierungen wie metaphysische Letztbegründungen zu setzen.

Stattdessen plädiere ich für die Einführung der Menschenrechte als verbindliche gesellschaftliche Gerechtigkeitskonzeption. Dies würde weit mehr sein als ein Hinweis im Grundgesetz auf Menschenrechte.

Menschenrechte hätten dann vor dem Hintergrund des bisher Gesagten **nicht** den Charakter eines moralischen Imperativs mit transzendentelem Anspruch auf Universalität, sondern sie wären Ausdruck des Primats des Politischen über normative oder moralisch-ethische Positionen.

Aus dem Charakter als verbindliche Gerechtigkeitskonzeption würde die Verpflichtung entstehen, die Grundvoraussetzungen sozialer Koexistenz in kulturell-pluralen Gesellschaften kontinuierlich zu analysieren im Sinn einer weit gefassten öffentlichen Reflektion politischer Fragestellungen und vor allem politischer Effektivität, denn die Art und Weise, wie Menschen in einer bestimmten Gesellschaft koexistieren, ist politisch bestimmt. Menschenrechte müssten deshalb durch eine sich stets weiter entwickelnde politische Praxis im Sinn einer fortwährenden Demokratisierung umgesetzt werden. Menschenrechte als verbindliche Gerechtigkeitskonzeption wären dann zumindest der demokratiethoretische Garant für das prinzipielle Recht eines jeden Menschen, **gleich und zugleich anders zu sein**.

## **Drittens**

Ich sehe keine Alternative dazu, weiter durch Bildung und Erziehung daran zu arbeiten, dass ein interkultureller Diskurs als immanentes Prinzip dieser fortwährenden Demokratiesierung entsteht.

Die Betonung liegt auf fortwährender Demokratisierung, weil **die** gerechte Gesellschaft als Endergebnis praktischer Politik wohl niemals existieren wird und es immer Menschen geben wird, die die Grundprinzipien der Gleichheit und Pluralität ablehnen oder aktiv bekämpfen.

Ich glaube aber daran und arbeite weiterhin dafür, dass diese Zahl der Ewig-Gestrigen und Denken-Verweigerer durch politische Bildung und interkulturellen Diskurs kleiner werden kann.

Ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass eine gerechtere Gesellschaft entstehen kann im Sinn von Derrida, wenn er von der kommenden Demokratie spricht. Sie kommt nicht von alleine, sondern wir müssen sie wollen.



Und wir müssen uns bewusst darüber werden, dass sie als Endzustand niemals existieren wird, wohl aber in der Möglichkeit einer fortwährenden Demokratisierung.

Das ist deshalb nicht nur fortwährende Arbeit, sondern klingt sehr wahrscheinlich zunächst auch etwas utopisch. Als Ermutigung zum Schluss ein Wort von Erich Fried:

„Wir dürfen uns nie und nimmer entmutigen lassen vom schlechten Wirklichen!“

Copyright: Dr. Hendrik Otten IKAB e.V.  
Bonn, April 2015

Referenzliteratur:

Yael Ohana, Hendrik Otten (Eds.) Where Do You Stand?  
Intercultural Learning and Political Education in Contemporary Europe.  
VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2012  
(Darin auch weitere Hinweise zu Jaques Derrida und Oliver Machart)

Kai Hafez, Sabrina Schmidt, Die Wahrnehmung des Islams in Deutschland.  
Religionsmonitor. Verlag Bertelsmann Stiftung. Gütersloh 2015